



## Presse-Information

**Wulff: „Wir brauchen mehr Planungssicherheit!“**

### **Ministerpräsident Wulff und der VCI Nord fordern zeitnahe Regelungen bei der weiteren Ausgestaltung der EU-Emissionshandelsrichtlinie**

**Hannover, 13. Mai 2009** – Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff unterstützt die Forderungen des Verbands der Chemischen Industrie, Landesverband Nord (VCI Nord), rasch klare Regelungen für die Umsetzung der EU-Emissionshandelsrichtlinie herbeizuführen. In einem gemeinsamen Brief an Bundeskanzlerin Merkel warnen Wulff und der Vorsitzende des VCI Nord, Dr. Roland Stegmüller, davor, dass bei einer weiterhin zögerlichen Beteiligung der deutschen Arbeitsebene in der Diskussion über die weitere Ausgestaltung der Emissionshandelsrichtlinie bedrohliche Standort- und Wettbewerbsnachteile für die deutsche Chemieindustrie und für andere energieintensive Branchen entstehen könnten.

Eine schnelle Festlegung auf die so genannten „exposed sectors“, also der wegen energieintensiver Produktion und internationaler Wettbewerbssituation vom Handel mit Emissionszertifikaten auszunehmenden Unternehmen sei nötig, so Wulff.

Dringend zu klären sei weiter die Frage, ob bei der Umsetzung der Kompensation für indirekte Belastungen aus steigenden Strompreisen auf der Ebene der EU-Mitgliedsstaaten zwingend das Beihilferecht angewendet werden müsse und wie dies gegebenenfalls von der Europäischen Kommission ausgestaltet werden könne. Und schließlich müsse die Bundesregierung umgehend festlegen, für welche Betriebe die Kompensation gelten solle.

„Wir bitten Sie, auf die Überlegungen der EU-Kommission zu diesen Fragen frühzeitig Einfluss zu nehmen und sich für zeitnahe Regelungen einzusetzen, damit Ihr persönlicher Erfolg, den Sie im Dezember 2008 durch die Einfügung einer Öffnungsklausel für energieintensive Branchen in den EU-Beschluss zum Emissionshandel erreicht haben, nun auch im Konkreten umgesetzt wird“, so Christian Wulff und Roland Stegmüller in ihrem Schreiben an Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Vor dem Hintergrund der besonderen Bedeutung der energieintensiven Branchen für die deutsche Industrie insgesamt sollte die Bundesregierung auch jetzt eine federführende Rolle bei der konkreten Ausgestaltung der Bestimmungen zum Emissionshandel übernehmen. Denn gerade kapitalintensive Branchen wie die chemische Industrie benötigten dringend Planungssicherheit für Investitionsentscheidungen, so Wulff und Stegmüller weiter.

Verband der Chemischen Industrie e. V.  
Landesverband Nord

Alexander Warstat  
Pressesprecher

Tel.: (05 11) 9 84 90 39  
Mobil: 0172 / 457 46 77

Internet: [www.vci-nord.de](http://www.vci-nord.de)  
E-mail: [warstat@lv-nord.vci.de](mailto:warstat@lv-nord.vci.de)